



DER BISCHOF VON LIMBURG

Dr. Georg Bätzing

Predigt am Sonntag der Solidarität, 6. September 2020

Corona-Zeit – Anruf zur Wachsamkeit, zur Solidarität und Hinwendung zu Gott

Kapelle Bischofshaus, Limburg

Die weltweite Corona-Pandemie kann schon jetzt als eine der größten Herausforderungen der Menschheit seit der Nachkriegszeit bezeichnet werden. Das ganze Ausmaß der Auswirkungen dieser Krise auf Gesundheits-, Bildungs- und Wirtschaftssysteme, v.a. in den fragilen Ländern, wird sich in den nächsten Monaten und Jahren noch deutlicher zeigen. In einzelnen Ländern Europas und der Welt konnten bisher durch gezielte Maßnahmen die verheerenden Folgen eingedämmt und die Bevölkerung unterstützt werden. Länder, die nicht über ein stabiles, allen zugängliches Gesundheitssystem verfügen, sind dazu weit weniger in der Lage. Hygiene-Regeln lassen sich nicht umsetzen, wenn große Familien und Gruppen von Menschen auf engstem Raum leben müssen. Wer von der Hand in den Mund leben muss, kann seine Arbeit trotz Infektionsgefahr nicht ruhen lassen. Und zugleich droht eine unkontrollierte Gesundheitskrise in den Ländern des Globalen Südens die ökonomische und soziale Lage der Ärmsten weiter zu verschlimmern, und zwar auf Generationen hin. Viele werden nicht an Corona, sondern wegen Corona sterben, so schätzen es Experten ein.

Solidarität ist ein Schlüssel für die Beherrschung der Pandemie mit ihren Folgen. Das gilt auf allen Ebenen: im zwischenmenschlichen Bereich, lokal, national, in einem Staatenbund wie der Europäischen Union und global. Eine Pandemie hat nicht nur globale Auswirkungen, sie fordert uns auch alle gemeinsam heraus. Doch wie steht es um die Bereitschaft, solidarisch zu sein? Mir scheint, dass die Corona-Pandemie geradezu schonungslos Stärken und Schwächen unseres politischen, gesellschaftlichen und auch kirchlichen Zusammenlebens widerspiegelt und offenlegt.

Was die deutsche Situation betrifft, so hat der Umgang mit der Pandemie gezeigt, dass wir in einem stabilen und politisch handlungsfähigen Gemeinwesen leben. Die Interessen der älteren und besonders verletzlichen Mitbürgerinnen und Mitbürgern fanden in den staatlichen Maßnahmen ihren Niederschlag. Um die Ausbreitung der Pandemie zu bremsen, wurden bestimmte Freiheitsrechte vorübergehend eingeschränkt. Große Teile der Bevölkerung haben sich durch ihre Bereitschaft, die Einschränkungen mitzutragen, verantwortungsvoll und solidarisch verhalten. Dabei hatten und haben viele Menschen zugleich mit gravierenden finanziellen Einbußen oder Verlust der Erwerbsarbeit zu kämpfen sowie mit existentiellen Sorgen. Familien sind besonders herausgefordert, ebenso Kranke und Ältere, deren Besuche eingeschränkt waren. Vieles geht nach wie vor nur mit Distanz. Die Pandemie hat aber auch gezeigt, mit welcher kreativen Ideen unsere Mitmenschen die Situation der Isolation erträglicher zu machen wissen. Das Engagement und der Einsatz derer, die im Gesundheitswesen und im Einzelhandel arbeiten, verdienen großen Respekt. Es ist zu wünschen, dass diese Berufsgruppen nun auch in der Arbeits- und Wirtschaftspolitik die Anerkennung erlangen, die ihnen gebührt.

Mit der sukzessiven Öffnung und Belebung der Städte sind inzwischen auch Proteste gewachsen. Es entstanden seltsame Koalitionen von völlig berechtigten Anliegen mit solchen von Esoterikern und Verschwörungstheoretikern, von rechten und linken Demonstranten. Die teils kruden Thesen und Forderungen zeugen von einem bisweilen irrationalen Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungen oder fachmedizinischen Erkenntnissen. Unter dem Deckmantel

der freien Selbstbestimmung fordern Menschen die Rücknahme aller Beschränkungen. So sehr Kritik und Demonstrationen zur Natur einer jeden Demokratie gehören, so zeigen nicht wenige eine wutgetriebene Wirklichkeitstrübung und stellen ihre Selbstbestimmung absolut über den Schutz und das Wohlergehen anderer. Hier offenbart sich ein eklatanter Mangel an Verantwortung – vor allem gegenüber den besonders gefährdeten Risikogruppen. Misstrauen ist auch keine Basis für konstruktive Kritik, denn diese braucht den Willen und die Bereitschaft zu gegenseitigem Verstehen und zu gemeinsamer Verständigung. In den Populismus-Debatten der zurückliegenden Jahre ist bereits deutlich geworden, dass dieser dialogische Charakter, der für offene und zugleich starke Gesellschaften grundlegend ist, zu erodieren droht. Die Corona-Krise bestätigt den Befund. Diesen Trend umzukehren, bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von größter Bedeutung.

Wie stellt sich die internationale Zusammenarbeit dar? Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde sehr bald dafür kritisiert, nicht angemessen auf den Virusausbruch in China reagiert zu haben. Den US-amerikanischen Präsidenten hat dies zu drastischen Schritten veranlasst. Die Zahlungen der USA an die WHO wurden gestoppt und die Zusammenarbeit aufgekündigt. Unabhängig davon, ob die Kritik berechtigt sein mag: Inmitten einer globalen Gesundheitskrise verschärfen die USA ihre unilateralistische Politik. Die institutionelle internationale Kooperation wird eingeschränkt oder ganz beendet. Dies kann auf allen möglichen Feldern (Sicherheit, Handel, Umwelt) zu schwerwiegenden Folgen führen; beim Umgang mit einer Pandemie wird der Schaden besonders gravierend sein.

Aber auch andere Länder stellen tatsächliche oder vermeintliche Eigeninteressen in den Vordergrund. China und Russland pflegen offensichtlich keinen transparenten Umgang mit ihren Infektions- und Todesraten. Der brasilianische Präsident weigert sich, die Gefährlichkeit des Virus anzuerkennen und droht sein Land in eine epidemiologische Katastrophe zu führen, deren Opfer vor allem die armen Bevölkerungsgruppen sind. Weitere Beispiele dieser Art ließen sich anfügen. Sie zeigen, dass Trends, die wir gegenwärtig in der Weltpolitik erkennen, durch die Pandemie noch verstärkt werden. Verschiedene Akteure haben eine weitreichende Erosion internationaler Institutionen auf ihrer Agenda, verfolgen vor allem machtpolitische wie nationale Eigeninteressen und stellen den Multilateralismus in Frage. Ein wenigstens teilweise überwunden geglaubter Politikstil erlebt sein unheilvolles Comeback. Wo dieser vorherrscht, da bleiben internationale Solidarität und Verantwortung für das Weltgemeinwohl auf der Strecke.

Solche Tendenzen der internationalen Politik stehen konträr zur Tradition der kirchlichen Sozial- und Friedenslehre. Internationale Zusammenarbeit in starken Institutionen dient dem Gemeinwohl in der Regel am besten und trägt dazu bei, gerade die Armen zu schützen und zu stärken. Für diese auf geschichtlicher Erfahrung beruhende Einsicht müssen wir als Kirche verstärkt in den politischen Diskussionen – international und im eigenen Land – werben. Und nur so wird eine weltweite Pandemie im Schulterschluss aller Kräfte guten Willens bewältigt werden.

Richten wir den Blick nun auf unsere Kirche. Die Aussetzung öffentlicher Gottesdienste hat das religiöse Leben in vielen Ländern der Welt empfindlich getroffen. Die pandemiebedingten Einschränkungen haben gezeigt, wie wichtig erfahrbare Gemeinschaft für die Feier der Eucharistie und der Sakramente ist. Das „liturgische Fasten“, so unerwünscht es war, hat manchen neu die Augen geöffnet für die Schätze, aus denen wir leben dürfen. Es sind zahlreiche Gebetsinitiativen entstanden, Christinnen und Christen feierten und feiern Hausgottesdienste oder schließen sich über digitale Technik für Gottesdienste zusammen.

Gleichwohl hatten die Diskussionen in der Kirche manchmal eine bedenkliche Schlagseite. Einige haben die Gesundheitskrise heruntergespielt und die Einschränkungen des gottesdienstlichen Lebens als kirchenfeindlichen Eingriff bewertet. Dieser Einschätzung kann ich mich keineswegs anschließen. Wenn wir mit Unglück und widrigen Umständen konfrontiert sind, so werden wir uns als Glaubende von Gott doch gerade darin bestärkt sehen, die notwendigen, angemessenen und menschenfreundlichen Entscheidungen zu treffen. In Zeiten der Pandemie heißt das, das Gebets- und Gottesdienstleben so zu gestalten, dass möglichst niemand gefährdet wird. Ebenso ist uns aufgetragen, die menschlichen Brücken, gerade zu den Schwachen und Alten, zu verstärken. Zeiten der Not sind Zeiten des Gebets und der Nächstenliebe.

Gesundheit ist nicht alles. Wer wüsste das besser als religiöse Menschen, die im Horizont des Ewigen leben. Aber das karitative Engagement der Kirche und auch ihre weltweite Mission hat durch die Geschichte hindurch immer einen Schwerpunkt auf das gesundheitliche Wohlergehen von Menschen gelegt. Noch heute ist es so, dass die Kirchen in vielen Ländern der wichtigste Träger von Gesundheitseinrichtungen für die Armen sind. Dieser Dienst am Menschen ist immer zugleich ein Dienst an Gott, für den wir dankbar sein dürfen. Krankenstationen und Hospitäler sind an vielen Orten des Elends auch Zeugnisse der internationalen Solidarität, die in der Kirche lebendig ist. Die Orden und unsere Hilfswerke leisten hier großartige Arbeit, deren Bedeutung gerade jetzt offenkundig wird.

Auch daran wird sichtbar: Die katholische Kirche ist Weltkirche. Diese Gemeinschaft ist stets weiter als der Radius des eigenen Kirchturms, der eigenen Pfarrei, des eigenen Bistums und der Kirche im eigenen Land. Gerade über Angehörige im Ausland, über die muttersprachlichen Gemeinden, die Partnerdiözesen, die Orden und Priester aus der Weltkirche eröffnen sich uns persönliche Schicksale und länderspezifische Erfahrungen mit der Corona-Pandemie und rufen uns dazu auf, füreinander da zu sein.

Alles in allem zeigt sich ein Paradox: Während die Eindämmung der Erkrankung und die Unterbrechung der Infektionsketten offenkundig am besten über den Weg der Distanz zu erreichen sind, offenbart der globale Charakter der Pandemie, dass gerade jetzt international Nähe und solidarisches Handeln von Nöten ist. Also, Nähe trotz Distanz. Dazu bedarf es des gegenseitigen Vertrauens und des Willens zur Zusammenarbeit. Das Beispiel Jesu und seine unterschiedene Option für die Armen, für Recht und Gerechtigkeit und für das Heil aller Menschen tragen uns in unserem Engagement.